

Gabi Zimmer GUE/NGL

Berlin, 23/06/2006

GUE/NGL-Konferenz über Kinderarmut

Für das Recht auf eine glückliche Kindheit

„Je unsicherer die Welt wird, je mehr wir die negativen Folgen der Individualisierung spüren, desto mehr konzentrieren wir uns auf Dinge, die wir überhaupt noch beeinflussen können. Dazu gehört der Glaube – und die Familie“, antwortete unsere Familienministerin Ursula von der Leyen auf die Frage, wie sie ihr hohes Amt mit sieben Kindern vereinbaren könne.

Die Tochter des ehemaligen Ministerpräsidenten von Niedersachsen Albrecht hat Volkswirtschaft und Medizin studiert, ist promovierte Gynäkologin und Master of Public Health.

Sie verkörpert in aller Vollkommenheit das Ideal des modernen Neoliberalismus: Erstklassisches Humankapital aus einer Elite-Familie produziert und reproduziert Humankapital entsprechend den Herausforderungen der Globalisierung und des demographischen Wandels.

Zweifellos ansehnlich lässt sich Frau Ministerin als liebevolle Mutter präsentieren und erklärt ihre individuelle Lebensweise als private Auseinandersetzung mit den Folgen herrschender und scheinbar „gegebener“ Gesellschaftsentwicklung.

Sehr medienwirksam fordert Frau von der Leyen die gebildeten erwerbstätigen Frauen auf, endlich mehr Humankapital zu produzieren.

Was die Geburtenzahlen betrifft, blieben sie weit hinter jenen Frauen zurück, die auf Grund ihrer sozialen Bedingungen und individuellen Voraussetzungen in der Regel schlechteres Humankapital produzieren und vielfach mit jeder Geburt die Zahl von Kindern in Armut erhöhen.

Diese Frauen werden oftmals offiziell bedauert und inoffiziell beschimpft und nicht selten sogar zu Feindbildern gemacht.

Ich habe diesen Einstieg gewählt, nicht um mit typischer linker Arroganz Frau Dr. von der Leyen zu verhöhnen – vielleicht auch noch aus Neid, weil ich es bloß zu zwei Töchtern gebracht habe – sondern, aus zwei Erwägungen:

Zum einen wollte ich eine herrschende Denkweise erklären und damit deutlich machen, dass die politische Auseinandersetzung mit Kinderarmut nicht am Menschenbild vorbeikommt.

Ich halte eine offensive politische Auseinandersetzung um das Menschenbild "Kind" für dringend geboten.

Selbst im EMPL, dem Sozial- und Beschäftigungsausschuss des EP stößt die Forderung, dass jedes Kind das Recht hat, eine glückliche Kindheit zu haben auf mehrheitliches Unverständnis.

Unter vielen durchaus sozial eingestellten Menschen hat sich eine Denkweise durchgesetzt, den Kampf gegen Kinderarmut vor allem als Investition in die Zukunft der eigenen Generation zu betrachten.

Nur wenige zucken zusammen, wenn wie ich selbst auf einer Tagung der Luxemburger Ratspräsidentschaft erlebte, die sich der social inclusion widmete, Investitionen in Kinder gedankenlos als Investitionen für die Sicherung der Rentensysteme und der benötigten Arbeitskräfte für Wirtschaftswachstum deklariert werden.

Nicht nur im Wim-Kok-Bericht zur Realisierung der Lissabonstrategie wird der Mensch als „Wirtschaftsgut“ bezeichnet. -

,

- Die meisten Bürgerinnen und Bürger finden Kinderarmut bedauerlich und schlimm;
- sie betrachten sie als individuell beklagenswert. Zahlreiche Menschen geben auf direkte Nachfrage auch mal Geld, Kleidung und Spielsachen
- Kinderarmut wird durchaus als Problem und Verlust von gesellschaftlichen Ressourcen angesehen;
- **ABER sie können sich in der Regel nicht vorstellen**, dass der wirksame Kampf gegen Armut und Ausgrenzung und vor allem der Kampf gegen Kinderarmut in Deutschland und in der Europäischen Union zwingend eine andere Prioritätensetzung verlangen und unvereinbar sind mit dem Ziel, im globalen Konkurrenzkampf siegen zu wollen.

Dabei nicken so gut wie alle, wenn erklärt wird, dass Kinder, individuelle und gesellschaftliche Zukunft zusammengehören. Und dass eine glückliche und erfüllte Kindheit über das Selbstbewusstsein, die sozialen Kompetenzen und das gesellschaftliche Engagement von Frauen und Männer entscheiden kann. Es nicken schon weniger, wird gesagt, dass sich im heutigen Umgang mit Kindern zeigt, was Menschen zählen, die nicht an der Produktion und Reproduktion von Kapital teilhaben. So gibt es sehr wohl einen Zusammenhang zwischen der kinderfeindlichen und autofreundlichen Verkehrsgestaltung, Rentenkürzungen und Erhöhungen des Renteneintrittsalters. Kinderfreundlicher Verkehr käme auch Alten und Menschen mit Behinderungen zu gute. Unter Rentenkürzungen und Erhöhung des Renteneintrittsalters leiden Menschen in höherem Lebensalter, Lohnabhängige und auch hier insbesondere wieder die Kinder, denn sie haben weniger von Oma und Opa und insgesamt weniger soziale Wärme. Das trifft sie, aber auch Eltern und Geschwister, heutiges und künftiges soziales Klima.

Der Europäischen Kommission ist sehr wohl bewusst, dass Kinderarmut Nichtanerkennung der Grundrechte von Kindern bedeutet.

Ich nenne **Armut eine Menschenrechtsverletzung** und Kinderarmut Aufwachsen unter den Bedingungen anhaltender sozialer Ausgrenzung.

Die Verletzung der Menschenrechte von Kindern durch Armut geschieht noch häufiger als bei Erwachsenen.

Kinderarmut gilt offiziell in der EU als Hypothek für die Gesellschaften, weil Kinder, die in Armut aufwachsen, weniger Chancen haben, ihr volles Potenzial zu entfalten und den Risiken ausgesetzt sind, im Erwachsenenalter von schlechter Gesundheit, Arbeitslosigkeit und Niedrigeinkommen betroffen zu sein.

Das wirft zumindest die Fragen auf, warum erstens nicht zu tolerierende Kinderarmut eine derartige Dimension erlangen konnte.

Warum zweitens die Beseitigung der genannten Risiken nicht ganz oben auf der Prioritätenliste der Regierenden steht.

Warum drittens arme Kinder nur mehr und bessere oder auch gleiche Chancen erhalten sollen, ihr volles Potenzial zu entfalten statt jedem Mädchen und jedem Jungen die Bedingungen dafür zu gewähren, dass sie es auch können!!!

Man überlege sich doch die Logik, die in der Wortwahl der Kommission zum Ausdruck kommt:

Kinderarmut muss bekämpft werden, damit nicht unbedingt die armen Kinder von heute die Armen von morgen sind. Damit die heutige **Armut von Erwachsenen nicht automatisch wächst**.

Sie muss bekämpft werden, damit die **heute armen Kinder als Jugendliche und Erwachsene besser um das konkurrieren** können, was heute und künftig nicht für jede und jeden erreichbar sein wird bzw. erreichbar sein soll: **gesundheitliche Betreuung auf qualitativ hohem Niveau, sinnvolle existenzsichernde Arbeit, armutsfeste Einkommen**.

Kinderarmut soll also bekämpft werden, damit in der Gesellschaft und weltweit die **Konkurrenz anwächst, die nun einmal Armut und vor allem Kinderarmut hervorbringt, in der Europäischen Union, in Europa und weltweit**.

Ich betrachte **Kinderarmut immer als Problem vor Ort, als Problem der ganzen Gesellschaft und als globales** und lasse es so gar nicht erst zu, dass die Außen- und Entwicklungspolitik außen vor bleiben.

Die offizielle Politik hingegen sieht **Kinderarmut vor allem als sozialpolitische Angelegenheit** und macht drei Strategiegruppen im Kampf gegen Kinderarmut aus: **a) Strategien zur Erhöhung der Finanzressourcen der Familien durch Vermittlung in Erwerbsarbeit und durch direkte Sozialtransfers**.

- Das mutet jenen, die in Krisenregionen leben, in denen es an Arbeitsplätzen fehlt, sogar im Niedriglohnbereich, lachhaft an.

b) Gibt es **Strategien zur Verringerung von Ausgaben aus dem Familienbudget**, etwa durch subventionierte Kinderbetreuungsplätze, Wohnungen und erschwingliche Gesundheitsleistungen.

- Allerdings wird ja gerade hier gekürzt und privatisiert.

c) Gibt es **Strategien, die auf Prävention und das Wohlergehen von Kindern gerichtet** sind: Gewährleistung integrativer Bildung, Stärkung der Handlungskompetenz

der lokalen Netze, Familienhilfen sowie Entwicklung von Dienstleistungen zum Kinderschutz. –

Wenn aber die öffentlichen Hände unentwegt unter unzulänglicher und sogar sich verschlechternder Finanzausstattung leiden, dann kommen diese Strategien nicht zur notwendigen Wirkung.

Es wird zwar über die dringliche Notwendigkeit geredet, gegen Kinderarmut vorzugehen, und es werden Strategien gebündelt, aber die Bedingungen dafür, den Kampf gegen Kinderarmut zu führen und so die entsprechenden Strategien umzusetzen, werden durch eine herrschende Politik verschlechtert, die das bessere Humankapital und zugleich die Entlastung der Wirtschaft von Lasten für die Allgemeinheit will. Der Kampf gegen Kinderarmut wird dem Ringen um nachhaltige öffentliche Finanzen untergeordnet, obwohl Kinderarmut als Problem für die Erlangung nachhaltiger öffentlicher Finanzen angesehen wird.

Hinzu kommt, dass gerade in Deutschland jahrzehntelange Ressortabgrenzungen dazu geführt haben, auf Bundes- und vielfach auch auf Länderebene eine Kooperation nicht stattfindet und Kinderarmut nicht als gesellschaftliches Problem betrachtet wird, das komplexe gesellschaftliche Lösungsstrategien erfordert.

Kinderarmut wird vorwiegend über Familieneinkommen definiert. In Thüringen hat die CDU-Mehrheit ein Gesetz durchgedrückt, wonach der Finanzierungsanteil des Landes für Kindertagesstätten drastisch zurückgefahren wird und stattdessen ein Teil der bisherigen Landesmitteln an die Eltern direkt gezahlt wird. Nicht nur das damit bestehende Einrichtungen in Frage gestellt werden. Diese Regelung wird dazu führen, dass insbesondere noch weniger Kinder aus armen Familien eine Kita besuchen werden.

Ich neige eher dazu, weniger Geld an Eltern zu transferieren als durch soziale Strukturen verstärkt Armut wie Kinderarmut zu bekämpfen und mehr Teilhabe vor allem im Freizeitbereich zu ermöglichen.

Auf kommunaler und Länderebene sind die Handlungsräume unter einer vorgegebenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sicherlich beschränkt.

Es ist deshalb nur zu begrüßen, wenn sich Landespolitikerinnen wie Angelika Gramkow in M/V sich mit der Forderung, dass jedes Kind ein Mittagessen erhält, weit aus dem Fenster lehnen. Oder in Berlin versucht wird, einen Bericht zur sozialen und gesundheitlichen Lage von Kindern in Berlin zu erstellen.

KommunalpolitikerInnen machen immer wieder darauf aufmerksam, dass es fast unmöglich ist, aus vorhandenen Daten einen Zusammenhang zwischen Gesundheit und Armut von Kindern nachzuweisen, obwohl dieser Zusammenhang auf der Hand liegt.

Es stellt sich die Frage, ob nicht Sozialarbeit mit Kindern und deren Eltern von der Kita bis zur Berufsschule neu überdacht werden muss.

Einen interessanten Ansatz sehe ich in einem einheitlichen Ressort von Bildung und Soziales für Kinder und Jugendliche.

Ich könnte noch und nöcher Irrsinnigkeiten, Beispiele für Verantwortungslosigkeit und Kurzsichtigkeit aufzeigen, aber höhnisches Lachen und Sarkasmus können zwar mal ganz wohltuend sein, helfen aber den Kindern nichts.

Vielmehr kommt es darauf an, die allgemeine Einschätzung, dass Kinderarmut nicht hinnehmbar ist, und die Übereinkunft „unserer“ Regierungen, gegen Kinderarmut vorzugehen, produktiv zu machen.

Die Herausforderungen – nicht der Globalisierung, sondern – zukunftsfähiger Entwicklung verlangen selbstverständlich heute konkretes Handeln in Sachen Kampf gegen Kinderarmut:

- Armutsvermeidung, konkret: Verhinderung von Armut in Familien insbesondere in Ein-Eltern-Familien, in Familien mit Migrationshintergrund
Besonders brutal betroffen sind Kinder mit Behinderungen, die in armen Familien leben. Sie sind in besonderer Weise von der Lebenssituation der Eltern abhängig und oftmals mehrfach diskriminiert.
- Unterstützung von Familien, ausgehend von der Lebenslage, den besonderen Interessen und Problemen von Kindern
- Förderung von armen Kindern, Umsetzung einer kinderbezogenen Armutsprävention

- Schaffung bzw. Gestaltung einer sozialen Infrastruktur, Gestaltung von Städten und ländlichen Räumen, die allen Kindern sozial gleiche Teilhabe an Betreuung, Bildung, Kultur, Sport ermöglicht und somit wohnortsnah und ohne Gefährdung erreichbar sein muss
- Stärkung und Erweiterung der demokratischen Partizipationsrechte und realen Möglichkeiten von Kindern und Eltern und ganz besonders von armen Kindern und armen Eltern.

Weiter: Es geht um die Rahmenbedingungen für Familien und somit um die schrittweise aber konsequente Schaffung und Bereitstellung der eben von mir genannten Güter bzw. Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben in Würde.

Es geht um die armutsfeste Existenzsicherung von Kindern, Stichwort: bedarfsorientierte soziale Grundsicherung. Es geht um die Anerkennung der Erziehungsleistungen von Eltern, insbesondere von Alleinerziehenden, um die Stärkung ihnen nutzender Versorgungs-, Erziehungs- und Unterstützungskompetenzen im Sozialgesetz, um die Qualifizierung von Bildungs- und Integrationsangeboten zur Förderung von zuerst armen Kindern und ihren Eltern und damit ganz besonders von Kindern und Eltern mit Migrationshintergrund.

Zugleich geht es um eine Außen- und Entwicklungspolitik, die auf Frieden und konsequente Erlangung der Millennium Development Goals gerichtet ist und Migration als gesellschaftliche Bereicherung begreift.

Von einer solchen Politik gewinnen alle, weil sie die Gesellschaft schrittweise human und für jede und jeden lebenswert macht. Gesellschaftspolitische Reformschritte – auch die Familienpolitik von Frau Dr. von der Leyen - müssen sich immer daran messen lassen, inwiefern sie die Lebensbedingungen zuerst der am meisten Ausgegrenzten und sozial Schwächsten verbessern, ergo von armen Kindern. Wenn sozialistische Politik von unten auf die Gesellschaft blickt, dann tut sie dies auch und insbesondere von der Warte armer Kinder aus.

Danke für die Aufmerksamkeit!